

Sprint Corp., soll die Entscheidung sogar schon gefallen und ein Verbot ausgesprochen worden sein. Unklar sei jedoch, wie die Investoren kompensiert würden und was aus den Verträgen werden wird. Wang Ping geht jedoch davon aus, daß Sprint Verluste hinnehmen muß, da durch die bisherigen Investitionen nur ein Festnetz von 50.000 Teilnehmern aufgebaut werden konnte und weitere Investitionen erforderlich sind. Die 50.000 Teilnehmer stellen nur ein Zehntel der Kundenzahl dar, die erforderlich ist, um den *break even*-Punkt zu erreichen.

Die Entscheidung der chinesischen Regierung wurde sehr kritisch von hohen Regierungsbeamten des Handelsministeriums aufgenommen, die sich über ein weiteres Beispiel beklagten, wie schnell in China die Regeln für Auslandsinvestoren geändert würden. (AWSJ, 23.9.98) -schü-

#### 24 Kein Kooperationsprojekt zwischen Airbus und AVIC

Anfang September d.J. wurden Pläne zum gemeinsamen Bau eines Regionaljets zwischen dem europäischen Flugzeugbaukonsortium Airbus Industrie, Toulouse, und des chinesischen Unternehmens Aviation Industries of China (AVIC) endgültig aufgegeben.

Die Entscheidung basierte auf einer Durchführbarkeitsstudie, in der auch die mögliche Zusammenarbeit mit der Singapore Technologies Aerospace und dem italienischen Flugzeugkonzern Alenia einbezogen worden war. Die Studie ergab jedoch, daß es entgegen früheren Annahmen an einem Markt für den geplanten Regionaljet mit 100 Sitzplätzen mangelt. Die Entwicklungskosten für das Flugzeug hätten sich auf rd. 2 Mrd. US\$ belaufen.

Airbus und AVIC haben eine Kooperationsmöglichkeit im Rahmen anderer Projekte offengelassen. Airbus allein will nun als Alternative eine Version des erfolgreichen Flugzeugs A 319 bauen, das über 128 Sitzplätze verfügt und das kleinste Airbus-Modell ist. (HB, 4./5.9.98; IHT, 4.9.98; SCMP, 4.9.98) -schü-

## Binnenwirtschaft

### 25 Erste Anzeichen für Konjunkturerholung?

Die konjunkturelle Entwicklung wird von ausländischen China-Experten derzeit sehr unterschiedlich beurteilt. Abgesehen von Berichten, die die gesamte offizielle statistische Berichterstattung in Frage stellen, geht es vor allem um die Frage, wie die Konjunkturdaten eingeschätzt werden können.

Zunächst einmal sollen die offiziellen Daten zur Konjunkturentwicklung näher betrachtet werden. Für das Wirtschaftswachstum sind vor allem die Investitionen und der private Konsum von Bedeutung. Bemerkenswert war in den letzten Monaten vor allem die Zunahme der Anlageinvestitionen. Nachdem im 1.Quartal 1998 die Zunahme der Investitionen 10,2% betragen hatte, konnte das Wachstum bis zum Ende des 2.Quartals auf 15% erhöht werden; im Juni lag die Zunahme sogar bei 16,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. (XNA, 17.7.98, nach SWB, FE/3282, 18.7.98) Die Anlageinvestitionen der staatseigenen Unternehmen nahmen um 13,8% zu. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 17.7.98, nach SWB FE/D3291/CNS 29.7.98) Im Juli stiegen die Anlageinvestitionen um 22,8% (XNA, 9.9.98), und im August lag die Wachstumsrate sogar bei 26,9% gegenüber der Vorjahresperiode und um 4,1% gegenüber dem Vormonat. (XNA, 24.9.98)

Für Zeng Peiyan (Minister der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung) sind die Anlageinvestitionen der wichtigste Wachstumsmotor. Insgesamt soll das Volumen der Investitionen auf 300 Mrd. Yuan steigen, dies wäre gegenüber dem Vorjahr eine Wachstumsrate von 18,6%, also weitaus mehr als zu Beginn des Jahres noch vorgegeben. Schwerpunkte der Investitionen sind Infrastrukturprojekte im Bereich des Straßenbaus, Eisenbahn, Forstwirtschaft, Wasserkonservierung, Telekommunikation etc. (SCMP, 24.9.98)

Anzeichen einer Erholung der Wirtschaft ab August sieht Zeng Peiyan nicht nur aufgrund des Anstiegs der

Anlageinvestitionen, sondern auch mit Blick auf die Erhöhung der industriellen Wertschöpfung. (SCMP, 24.9.98) Diese betrug allerdings in den ersten sechs Monaten 7,9%, im Juli 7,6% und im August 7,9%, so daß eher von einer Stabilisierung der Wachstumsrate gesprochen werden kann.

### Konjunkturentwicklung Januar-August (in %)

	August*	gegenüber Juli	Jan.-Juli
Anlageinvestitionen	+26,9	+4,1	+15,6
Konsumgüterumsatz	+9,3	+1,3	+8,1
Preise für Konsumgüter	-3,3	+0,6	k.A.
Industr. Wertschöpfung	+7,9	+0,3	+7,8

\* August 1998 gegenüber August 1997

Quelle: XNA, 4.u. 9.9.98; SCMP, 24.9.98.

Nachdem in den letzten 11 Monaten kontinuierlich die Preise zurückgegangen waren, konnte erstmals im Juli wieder ein Preiszuwachs festgestellt werden. Während im Juli noch eine negative Wachstumsrate der Einzelhandelspreise von 3,9% verzeichnet wurde, ging diese auf -3,3% im August zurück. (SCMP, 24.9.98) Ursächlich hierfür war wohl die Zunahme der Getreidepreise um 2% im August. Auch der private Konsum scheint zugenommen zu haben, wenn auch nur in einem relativ geringen Umfang. In den ersten sieben Monaten erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz um 8,1% (XNA, 9.9.98); im August belief sich der Anstieg auf 9,3%.

Eine positive Interpretation der offiziellen Konjunkturdaten gibt das Analytenteam der Dresdner Kleinwort Benson in seinem neuesten Bericht. Mit Blick auf die Entwicklung von Einkommen, Industrieoutput und Einzelhandelsumsatz kommen die Analysten zu dem Schluß, daß China die Talsohle überwunden hat. Die Daten der Augustentwicklung würden diese Aussage auch bestätigen. Der statistische Beweis werde im Verlauf der kommenden drei bis vier Monate noch eindeutiger werden, wenn die Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft ihre Wirkung zeigten. In den nächsten 12 Monaten sei mit starken Wachstumsimpulsen durch die Emission von Staatsanleihen für die Rekapitalisierung der Banken mit einem Volumen von 270 Mrd. Yuan und von Anleihen für den Ausbau der Infra-

struktur in Höhe von 100 Mrd. Yuan zu rechnen. Auch durch die Wohnungsreform werde es positive Impulse geben. Sollte es der chinesischen Regierung gelingen, die Wirtschaft wieder zu beleben, so die Analysten, könnte China ein Modell für die wirtschaftliche Erholung in anderen asiatischen Ländern sei, die von einer Rezession geplagt würden. (SCMP, 15.9.98)

Zu den Optimisten in der Beurteilung der Konjunktorentwicklung zählt auch Yukon Huang, Leiter der China-Mission der Weltbank in Beijing. Huang beurteilt das Volumen der Geldmenge, das den Geschäftsbanken zugeteilt wurde, sowie den Umfang der fiskalischen Anreize als zumindest theoretisch ausreichend für ein Wachstum von 8% in diesem Jahr. Der tatsächliche Erfolg hänge jedoch davon ab, wie schnell und wie gut Kredite für Investitionen eingesetzt würden. Von der Wirtschaftsentwicklung in den ersten sechs Monaten auf das Gesamtjahr zu schließen, sei Huang zufolge bei China nicht sehr sinnvoll, da sich die Investitionen i.d.R. auf die 2.Jahreshälfte konzentrieren würden. (SCMP, 15.9.98)

Konträr zu dieser positiven Einschätzung der Konjunktorentwicklung wenden andere China-Beobachter ein, daß die Qualität des Wirtschaftswachstums im Zuge der starken Investitionsausweitung nicht gesichert ist, da Kredite wieder an Verlustunternehmen und für ineffiziente Projekte vergeben werden. (HB, 17.9.98)

Zur Frage der Wachstumschancen für dieses Jahr hat auch der bekannte chinesische Ökonom Hu Angang in einem Interview im September Stellung genommen. Hu sieht es als eher wahrscheinlich an, daß durch die Ausweitung der inländischen Nachfrage das geplante Wirtschaftswachstum doch noch erreicht werden kann. Allerdings müßten vier Problembereiche in der zweiten Jahreshälfte beachtet werden, die mit der Sicherung des Lebensstandards der Bevölkerung verbunden sind. 1) Für rd. 7 Mio. freigesetzter Arbeitskräfte müssen die Mindesteinkommen gesichert werden. 2) Rentenzahlungen für eine hohe Zahl pensionierter Arbeitskräfte der staatseigenen Unternehmen müssen der Höhe und dem Zeitpunkt nach geleistet werden. 3) Die meisten Beschäftigten erwarteten eine Reform der medizinischen Versorgung. 4) Wiederaufbau in

den Gebieten, die von Überschwemmungen betroffen wurden.

Hu schätzt die Auswirkungen der Überschwemmungen auf das Wirtschaftswachstum als eher begrenzt ein. Einerseits sei der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr so von Bedeutung, wie in der Vergangenheit, als der Agrarsektor noch eine größere Rolle für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spielte. Während der Anteil des Agrarsektors am BIP beispielsweise 1954 noch rd. 45% betragen hat, sank der Beitrag bis 1991 auf 24,5% und wird 1998 weiter auf rd. 19% zurückgehen. Mit der Ausweitung der inländischen Nachfrage könnten die Verluste im Agrarsektor durch ein höheres Wachstum der Industrie und des Tertiärsektors kompensiert werden. Andererseits sei der Beitrag der Provinzen zum BIP, die besonders von den Überschwemmungen betroffen wurden, wesentlich geringer als der Anteil der wachstumsstarken Provinzen zum BIP, die von der Katastrophe verschont geblieben sind. Während auf die Provinzen Jiangxi, Hunan, Hubei, Jilin, Heilongjiang und die Innere Mongolei lediglich ein Anteil von 16,5% am BIP entfallen würde, belaufe sich der Beitrag der nicht betroffenen Provinzen Guangdong, Shandong, Jiangsu, Zhejiang, Hebei, Liaoning und Shanghai auf 48,2% des BIP. Gegenüber den Überschwemmungen von 1994, von denen vor allem die Provinz Guangdong betroffen war, werden die Verluste von Hu als geringer eingestuft. (SWB FE/D3342/CNS, 26.9.98) -schü-

## 26 Neue Steuerarten und mehr Steuern statt Gebühren

Nach Angaben von Jia Kang, stellvertretender Präsident des Instituts für Finanzwissenschaft beim Finanzministerium, wird die zunächst für dieses Jahr vorgesehene Einführung einer Kraftstoffsteuer nun auf das nächste Jahr verschoben. Die Besteuerung von Benzin und Dieselkraftstoff soll einerseits das Steueraufkommen erhöhen und andererseits die bestehenden Verwaltungsgebühren für die Straßennutzung und andere Gebühren ersetzen. Jia zufolge wurde die Kraftstoffsteuer zuerst versuchsweise in Hainan eingeführt, hat dort aber zu einer Reihe neuer Probleme wie zunehmenden Schmuggel geführt.

Vorgesehen ist außerdem, daß auch andere Gebühren, z.B. Flughafenengebühren, Gebühren für den Bau von Kraftwerken, für Wasser- und Landnutzung etc. durch Steuern ersetzt werden. (SCMP, 25.9.98)

Eine Ausnahme für die Erhebung von Straßengebühren sind die mit nichtstaatlichen Finanzmitteln gebauten Straßen und Brücken. Hier sind die Gebühren Teil der Gewinne, die an die Investoren gezahlt werden müssen.

Die Gebühren für die Unterhaltung der Straßen werden derzeit von jedem Fahrzeugbesitzer erhoben und zählen zu den Tausenden von Gebühren, die von Lokalregierungen verschiedener Ebenen eingezogen werden. Sie sind die wichtigsten Bestandteile der sogenannten „außerbudgetären Einnahmen“. (XNA, 28.9.98)

Unvollständigen Statistiken zufolge beläuft sich die Zahl der vom Staatsrat sowie von den Ministerien und den Lokalregierungen genehmigten Gebühren auf mehr als 2.000 verschiedene Arten, die mit 40% zu den fiskalischen Einnahmen beitragen. Finanzminister Xiang Huaicheng zufolge sind die ausufernden Gebühren nicht nur ein Störfaktor für die Fiskaleinnahmen, sondern beeinträchtigten das Ansehen der Regierung und erleichterten teilweise auch die Korruption. Der Gebührenschwengel müsse durchforstet und die illegalen und irrationalen Gebühren abgeschafft werden.

Gebühren, die im Zusammenhang mit einer Leistung des Staates stehen, sollen zukünftig durch Steuern ersetzt und in den Staatshaushalt eingeschlossen werden. Nur einige Gebühren, die auch internationaler Praxis entsprechen, dürfen weiter erhoben werden.

Bereits vor einiger Zeit hat der Staatsrat in einem Rundschreiben die Lokalregierungen dazu aufgefordert, bis Oktober alle Verwaltungsgebühren und Abgaben soweit wie möglich abzuschaffen, insbesondere in den Bereichen Elektrizität, Eisenbahnwesen und öffentliche Sicherheit. Weiterhin sollen in den ländlichen Gebieten die bisherigen Gebühren in Steuern umgewandelt werden. Ziel soll die Senkung der Gebühren auf unter 5% des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens der Bauern sein. (XNA, 23.9.98) -schü-

## 27 Preiskontrollen sollen Unternehmen schützen

Der kontinuierliche Rückgang der Preise hat in den vergangenen elf Monaten zu einer Zuspitzung des Wettbewerbs geführt, dessen negative Auswirkungen die Regierung durch selektive Preiskontrollen einschränken will. Chen Bangzhu, stellvertretender Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, wies in einer Stellungnahme darauf hin, daß für viele Industrieprodukte inzwischen die Bedingungen eines „Käufermarktes“ gelten. Einige Unternehmen versuchten jedoch durch unfairen Wettbewerb in Form eines „Preiskriegs“ ihren Marktanteil zu erhöhen. In einem Rundschreiben forderte deshalb der Staatsrat die Hersteller auf, den Output der Produkte mit einem Angebotsüberhang zu reduzieren, um die Preise zu stabilisieren und um die langfristigen Interessen der Unternehmen zu schützen. Der weitere Rückgang der Unternehmensgewinne aufgrund von „Preiskriegen“ soll begrenzt und weitere Verluste an Steuern und staatlichem Eigentum verhindert werden. Weiterhin setzte die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission „selbst-disziplinierende Preise“ für wichtige Produkte der weiterverarbeitenden Industrie fest. (XNA, 21.9.98)

Im Zusammenhang mit den oben genannten Preiskontrollen steht die Ankündigung des Staatlichen Amtes für die Maschinenbauindustrie (State Machine Building Industry Bureau = SMBIB), daß für Personenkraftwagen, für computergesteuerte Werkzeugmaschinen, für dreirädrige Transportfahrzeuge für die Landwirtschaft, für Verladeeinrichtungen und für Generatoren Mindestpreise gelten werden. Vertreter des Amtes, das direkt unterhalb des Ministeriums angesiedelt ist, erklärten, daß die Kontrolle „selbst-regulierend“ erfolgen soll. Der genaue Überwachungsmechanismus muß zwar noch festgelegt werden, könnte jedoch die Einschaltung der Industrievereinigungen mit sich bringen. (FT, 15.9.98)

Die geplante Intervention in den Preismechanismus ist vor dem Hintergrund des Rückgangs der Gewinne der Industrieunternehmen um 43% im 1. Halbjahr 1998 zu sehen. Die Preise für Stahlprodukte, für die ebenfalls Mindestpreise gelten sollen, fielen allein im August um 3% gegenüber über

Vormonat Juli. Um einen weiteren Preisverfall zu verhindern, will das Amt für die Metallurgieindustrie zusammen mit der Staatlichen Kommission für Entwicklungsplanung Bestimmungen erlassen, die den Verkauf von Stahlprodukten zu niedrigeren als den Herstellungskosten untersagen soll. Weiterhin soll ein Amt gegen unfairen Wettbewerb aufgebaut werden, das die Wettbewerbsentwicklung der Industrie überwachen und Daten über die durchschnittliche Kostenentwicklung veröffentlichen soll.

Allerdings gibt es in den Unternehmen Zweifel, ob dieser Ansatz erfolgreich sein wird. Nach Einschätzung eines Direktors des Stahlkonzerns Baoshan existiert bereits eine derartige Kontrollpolitik für die Preise, habe sich jedoch als nutzlos erwiesen. (IHT, 22.9.98) -schü-

## 28 Geringe Konsumneigung und Anstieg der privaten Bankeinlagen

In den ersten acht Monaten d.J. erhöhten sich die Bankeinlagen der Haushalte auf 5.090 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 16,8 % gegenüber der Vergleichsperiode des letzten Jahres. Der Einzelhandelsumsatz nahm dagegen lediglich um 7,3% zu, obwohl die Preise im Einzelhandel um 2,4% niedriger lagen als in der Vorjahresperiode. Um die Kaufanreize zu stärken, haben viele Hersteller und Geschäfte Preisnachlässe durchgeführt und ihren Kundendienst verbessert.

Hintergrund der schwachen Nachfrage sind der *Economic Daily* zufolge vor allem der sich verändernde Arbeitsmarkt sowie hohe Einkommensunterschiede. So ist die Kaufkraft derjenigen Arbeitskräfte geschwächt, die von den staatseigenen Unternehmen entlassen worden sind. Da die in den Unternehmen verbliebenen Beschäftigten ebenfalls um ihren Arbeitsplatz fürchteten, halten sie sich trotz der günstigen Preise beim Konsum sehr zurück. Eine ähnliche Situation gelte für die Angestellten in den Regierungsorganisationen, die derzeit in größerem Umfang entlassen werden.

Obwohl die freigesetzten Arbeitskräfte staatlicher Unternehmen einen Mindestlohn von 100 bis 200 Yuan erhalten sollen, würden die Arbeitslosen in einigen Städten nach Angaben der

*Economic Daily* keine Unterstützung erhalten. In diesen Städten müßten die Arbeitslosen auf ihre Ersparnisse zurückgreifen oder seien finanziell von Familie oder Freunden abhängig.

Ein weiterer Faktor, der den Konsum beeinträchtigt, ist der Anstieg der Lebenshaltungskosten. Erhöht haben sich vor allem die Miete, die Ausgaben für Gesundheit, für Renten und die Bildungsausgaben.

Die schwache Nachfrage wird auch auf die Einkommensunterschiede zurückgeführt. So entfielen einer offiziellen Untersuchung nach Ende 1996 auf nur 2,5% der Einleger 83,2% der privaten Bankeinlagen. Allerdings gehörten 20% der Bankeinlagen Unternehmen, die auf privaten Bankkonten Gelder des Unternehmens aufgrund der höheren Zinssätze geparkt hatten. Hinsichtlich des Konsumverhaltens ist von Bedeutung, daß Haushalte mit einem sehr hohen Einkommen verhältnismäßig weniger konsumieren als Haushalte mit einem durchschnittlichen Einkommen. (SCMP, 29.9.98)

Ein anderes Bild zeichnet eine Untersuchung über das Konsumverhalten, die die Zentralbank Ende August 1998 durchgeführt hat. Zu den Ergebnissen der Untersuchung, die in *Shanghai Securities News* veröffentlicht wurden, zählt die Zunahme der Kaufbereitschaft. So entschieden sich 51,2% die Befragten bei der Frage, ob sie eher konsumieren oder sparen würden, für den Konsum. Im 1. Quartal hatten dagegen nur 47,9% ihre Konsumbereitschaft signalisiert. (AWSJ, 28.9.98)

Auch das Staatliche Statistikamt veröffentlichte im August das Ergebnis einer Befragung über Konsumentenerwartungen, in dem eine positive Entwicklung offenbar wird. In der Untersuchung des Konsumentenverhaltens, die nunmehr monatlich durchgeführt und veröffentlicht werden soll, wird ein Anstieg des Index of Consumer Expectations (ICE) um 3,5 Prozentpunkte auf 89,4 Prozentpunkte im August 1998 angezeigt. Nach dem Zufallsprinzip wird dieser Index auf der Basis von jeweils 700 Beispielen in den sechs Städten Beijing, Shanghai, Guangzhou, Chengdu, Wuhan und Xian ermittelt. In der August-Untersuchung antworteten 41% der Befragten, daß Chinas Wirtschaft im nächsten Jahr einen Konjunkturaufschwung haben

wird. Von den Befragten waren 12% dagegen der Ansicht, daß sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessern werde. Weiterhin glaubten 35% der Befragten, daß sich ihre finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten verbessern werde, 13% dagegen gingen von einer Verschlechterung aus. (XNA, 4.9.98) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 29 Kritik an der Regierungsführung Tungs: „Zehn Verfehlungen“

In der Hongkonger Legislativversammlung haben die Abgeordneten der Partei „Frontlinie“ Ende September einen Antrag eingebracht, in dem der Regierung Tung Chee-hwa zehn grobe politische Verfehlungen angelastet werden: die Ablehnung weitergehender Demokratisierungsschritte; die Demontage des Schutzes grundlegender Menschenrechte; das Streben nach einer Hegemonie der Exekutive durch Abschaffung etwa der Stadträte (municipal councils); eine Wohnungs- und Immobilienpolitik, die angestammte Interessengruppen bevorzugt; eine unzureichende Unterstützung von Arbeitslosen; politisch unverantwortliche Markt- und Börseninterventionen; eine nicht an der Qualität orientierte Bildungspolitik; mangelnde Fürsorge der Regierung für ältere Menschen; schwere Versäumnisse im Gesundheitswesen; ein inkompetentes Management im Zusammenhang mit der Bewältigung der Hühnergrippe und der Eröffnung des neuen Flughafens. Tung wird in dem Antrag aufgefordert, sich in seiner Regierungserklärung im Oktober für die Verfehlungen seiner bisherigen Amtszeit zu entschuldigen und eine politische Neuorientierung vorzunehmen. (SCMP, 26.9.1998)

Der Antrag kommt inhaltlich einer Mißtrauenserklärung gegenüber der Hongkonger Exekutive gleich. Er belegt die Verhärtung der politischen Gegensätze zwischen den demokratisch gewählten Abgeordnetengruppen in der Legislative einerseits und einer Exekutive andererseits, die nicht

über eine demokratische Legitimation verfügt. Die SVR-Regierung sieht sich derzeit nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht weitaus größeren Herausforderungen gegenüber als die ehemalige britische Kolonialregierung. Die politische Opposition hat in Fragen der Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik eine im Vergleich zur Kolonialära wesentlich stärkere Stimme erlangt. Tung Chee-hwa kann zwar mit den ihm im Grundgesetz der SVR Hongkong zugestandenen Vollmachten über die Opposition hinweg regieren. Die politische Fundamentalkritik, wie sie in den „zehn Verfehlungen“ artikuliert ist, schwächt jedoch vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise Tungs Legitimität und Autorität. -hei-

### 30 Reformpläne für höhere Schulbildung

In Hongkong wird zur Zeit heftig über Pläne für eine Reform der höheren Schulbildung und des Hochschulzugangs diskutiert. Im Gespräch ist ein 5+1+4-System, nämlich fünf Jahre Sekundarschule, ein Jahr Vorbereitungsstufe (Matrikulation) und vier Jahre Hochschule. Nach dem derzeit noch gültigen System schließen sich an die fünfjährige Sekundarschule zwei Vorbereitungsjahre (Form Six und Form Seven) und drei Hochschuljahre an. Die Qualifikation für den Hochschulzugang erfolgt bislang über zwei Prüfungen: das HKCEE (Hong Kong Certificate of Education Examination) nach der fünften Sekundarschulklasse (Form Five) und das HKALE (Hong Kong Advanced Level Examination, das nach der zweijährigen Matrikulation, also nach Form Seven, abgelegt wird. Nach den neuen Plänen soll die Matrikulationszeit nur noch ein Jahr umfassen, während das Grundstudium an einer Hochschule von drei auf vier Jahre erhöht werden soll; zudem soll die zweite Prüfung, das HKALE, entfallen. Dies würde für die Schüler eine Entlastung bedeuten, weil es dann nur noch eine offizielle Prüfung gäbe, und ihnen zugleich mehr Zeit für das Hochschulstudium lassen. (SCMP, Internet Ed., 10.9.98)

Die Hochschulen haben sich bereits für die Reform ausgesprochen, doch sollen die Pläne vor weiteren Entscheidungen der Öffentlichkeit vorgestellt und Eltern und Schülern Gelegenheit gegeben werden, sich an dem Entscheidungsprozeß zu beteiligen (ebd.). Bislang ist nicht abzusehen, ob die Reform in der Bevölkerung auf Zustimmung trifft. Widerstand haben bereits die Schulleiter von Sekundarschulen mit Matrikulationsstufe angemeldet, denn sie fürchten um den Bestand ihrer Schulen. Nicht an allen Schulen sind Form Six und Form Seven eingerichtet, nur ein Teil der Sekundarschulen unterrichtet diese beiden Klassen. Deshalb gibt es zusätzlich spezielle Matrikulations-Colleges. Besonders diese fürchten um ihre Existenz. Die Sekundarschulen mit Matrikulationsstufe und die Matrikulations-Colleges könnten nicht mehr selbst über ihre Curricula entscheiden, heißt es, sondern seien dann praktisch eine Unterabteilung der Universitäten. Sie wenden sich vor allem gegen die Abschaffung des HKALE. Eine einjährige Matrikulation ohne Abschlußprüfung sei sinnlos, denn dann würde der Hochschulzugang über das HKCEE geregelt. Diejenigen, die im HKCEE gut abschnitten, würden quasi die Hochschulzulassung in der Tasche haben und sich in dem einen Matrikulationsjahr praktisch nicht mehr anstrengen. Als weiteres Argument für die Beibehaltung beider Prüfungen wird gebracht, daß die beiden Examina unterschiedliche Funktionen haben. Das HKCEE bedeutet einen Sekundarschulabschluß (er qualifiziert entweder für eine Berufsausbildung oder für den Übergang zur Form Six), das HKALE entscheidet über die Zulassung zur Hochschule. (SCMP, Internet Ed., 26.9.98)

An der Hongkonger Bildungsbehörde wurde eine Führungsgruppe eingerichtet, die sich mit den Reformplänen befaßt. Nach einer zweimonatigen öffentlichen Meinungsbildungsphase wird die Führungsgruppe nach Auswertung der Diskussionen im November der Regierung Bericht erstatten. Das Vorhaben, die Hochschulbildung von gegenwärtig drei auf vier Jahre zu erhöhen, kündigte Regierungschef Tung Chee-hwa bereits im Oktober letzten Jahres in seiner Regierungserklärung an. Die geplante